

Initiativantrag

der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten

betreffend

**die Prüfung der Möglichkeit einer vorzeitigen Auflösung des Vertragsverhältnisses
zwischen der MA Restabfallverwertung GmbH und der OÖ BAV AbfallbehandlungsgmbH
(BAVA) zum Zwecke der Senkung der Müllgebühren für die oö. Bevölkerung**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich
bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer wird aufgefordert, als Eigentümervertreter der Energie AG im Rahmen seiner Möglichkeiten die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen, dass das zwischen der MA Restabfallverwertung GmbH und der OÖ BAV AbfallbehandlungsgmbH (BAVA) bis 30. Juni 2021 laufende Vertragsverhältnis über die Entsorgung kommunaler Abfälle hinsichtlich der Möglichkeit einer vorzeitigen Vertragsauflösung geprüft wird, um dadurch eine Neuausschreibung und somit deutlich günstigere Müllgebühren für die Bevölkerung in Oberösterreich zu erreichen.

Begründung

Zwischen der OÖ BAV AbfallbehandlungsgmbH (BAVA) und der MA Restabfallverwertung GmbH, welche über die Mutterfirma Energie AG Umwelt Service GmbH von der Energie AG gehalten wird, besteht seit 1. Jänner 2004 ein Vertragsverhältnis für die Entsorgung kommunaler Abfälle. Die Laufzeit dieses Vertrags endet am 30. Juni 2021.

Auf Grundlage dieses Vertragsverhältnisses liegt die Müllverbrennungsgebühr für die Gemeinden in Oberösterreich derzeit bei ca. 150 Euro pro Tonne. In anderen Bundesländern sind die Kosten deutlich niedriger. So werden etwa in Tirol ca. 100 Euro je Tonne, in der Steiermark durchschnittlich gar nur 80 Euro pro Tonne verrechnet. Grund dafür ist, dass drei Abfallwirtschaftsverbände in der Steiermark durch eine EU-weite Ausschreibung der Entsorgungsverträge im Jahr 2013 einen neuen Restmüllentsorger zu weitaus günstigeren Preisen finden konnten. Vorher betragen die Kosten ca. 160 Euro pro Tonne.

Damit auch die Bevölkerung in Oberösterreich in den Genuss günstigerer Abfallgebühren kommt, muss Landeshauptmann Dr. Pühringer auf die Organe der Energie AG einwirken, dass diese

Gespräche mit dem Vertragspartner betreffend eine vorzeitige Vertragsauflösung aufnehmen, um den Weg für eine Neuausschreibung freizumachen.

Linz, am 13. April 2015

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Povysil, Cramer, Steinkellner, Mahr, Klinger, Lackner, Wall, Nerat